

Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Marburg-Biedenkopf



Außerordentlicher Kreisparteitag

2011.1

12. März 2011

Mitschrift der Versammlung

Beginn der Versammlung	10:30
Ende der Versammlung	15:00
Versammlungsleitung	Bastiaan Zapf
Wahlleiter	Fabrice Schindler
Protokollant	Dario Linsky

Anwesende Piraten

Christian Backes	Christoph Scheid
Jens Fricke	Fabrice Schindler
Thumay Karbalai Assad	Christine Schindler
Sascha Klee	Jens Christoph Steltner
Manuel Koch	Bastiaan Zapf
Dario Linsky	

Inhaltsverzeichnis

1	Vorbereitungen	1
2	Tätigkeitsberichte und Entlastung des Vorstands	2
2.1	Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden	2
2.2	Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden	2
2.3	Rechenschaftsbericht vom Schatzmeister	3
2.4	Tätigkeitsberichte der Beigeordneten	4
2.5	Entlastung des Vorstands	5
3	Den Vorstand betreffende Satzungsänderungsanträge	5
4	Wahlen der Vorstandsmitglieder und Kassenprüfer	5
4.1	Vorstandsvorsitzender	6
4.2	Stellvertretender Vorsitzender	6
4.3	Schatzmeister	6
4.4	Wahl der vier Beigeordneten	7
4.5	Zusammensetzung des neuen Vorstands	8
4.6	Wahl der Kassenprüfer	8
5	Satzungsänderungsanträge	9
5.1	Änderung des Termins des ordentlichen Kreisparteitages	9
5.2	Zulassung von Antragsänderungen auf dem Kreisparteitag	9
5.3	Außerordentliche Kreisparteitage	10
5.4	Zusammensetzung Kreisvorstand	10
5.5	Formalia der Antragstellung	10
5.6	Urabstimmung als demokratische Teilhabe	11
6	Programmanträge	11
6.1	Schönheitskorrekturen an den Eckpunkten	11
6.2	Erklärung der Eckpunkte zum Wahlprogramm	12
6.3	Öffentlicher Nahverkehr	12
6.4	Ausbau des öffentlichen W-LAN	13
6.5	Ausbau der Breitbandversorgung	14
6.6	Regenerative Energien	14
6.7	Grundversorgung in kommunaler Hand	15
7	Sonstige Anträge	16
7.1	Synchronisation der Mailingliste mit Forum und Newsgroup	16
8	Ende der Versammlung	17
	Anlage	18

1 Vorbereitungen

Der bisherige Vorstand eröffnet die Versammlung um 10:30 und stellt die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest. Thumay gibt eine kurze Zusammenfassung über die Entwicklung des Kreisverbands seit der Gründung. Die Mitgliederzahlen sind von etwa 34 auf 39 gestiegen, die Finanzen sind durch Zuwendungen vom Landesverband auf ca. 1800 Euro gewachsen. In den acht Monaten seit der Gründung wurden rund 16 Vorstandssitzungen und Crewtreffen durchgeführt, bei denen die zukünftige Richtung des Kreisverbands zusammen mit den Parteimitgliedern erarbeitet wurde.

Die Versammlung bestimmt Bastiaan zum Versammlungsleiter und Dario zum Protokollanten. Fabrice wird zum Wahlleiter bestimmt. Die bestehende Wahl- und Geschäftsordnung wird übernommen. Bastiaan stellt die folgende, vorläufige Tagesordnung vor.

1. Begrüßung durch den Vorsitzenden
2. Eröffnung der Versammlung
3. Wahl der Versammlungsämter
4. Abstimmung der Wahl- und Geschäftsordnung
5. Beschluss der Tagesordnung
6. Vorstellung der Tätigkeitsberichte
7. Entlastung des Vorstands
8. Den Vorstand betreffende Satzungsänderungsanträge
9. Wahlen des Vorstands
10. Satzungsänderungsanträge
11. Programmanträge
12. Sonstige Anträge

Es gibt keine Änderungsanträge an die vorgestellte Tagesordnung, die somit von der Versammlung beschlossen wird.

2 Tätigkeitsberichte und Entlastung des Vorstands

2.1 Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden

Der bisherige Vorsitzende, Thumay, trägt einen ausführlichen Überblick über seine Tätigkeiten vor. Es liegt die folgende, stichpunktartige Liste von Aktivitäten vor:

- Aufbau des und Teilnahme am Marburger Stammtisch(es)
- Gründung des KV Marburg-Biedenkopf (Organisation, Teilnahme)
- KPT 2010 (Organisation, Teilnahme)
- Organisation und Teilnahme an Infostände (inkl. 3TM 2010)
- Aufbau und Teilnahme an den Arbeitstreffen der PG Kommunalwahl Marburg-Biedenkopf sowie diversen Crews
- Kommunalwahlkampf 2011 (z.B. Infostände durchführen, UU sammeln, Wahlvorschlag einreichen, Wahlkampfauftaktparty)
- KPT 2011.1 (Organisation, Teilnahme)

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen zu dem vorgelegten Bericht.

2.2 Bericht des stellvertretenden Vorsitzenden

Der bisherige stellvertretende Vorsitzende, Dario, trägt eine Zusammenfassung seiner Tätigkeiten vor. Als Tätigkeitsbericht liegt die folgende, stichpunktartige Liste von Aktivitäten vor:

- Stellvertretender Vorstandsvorsitzender seit Gründung des Kreisverbands im Juni 2010. Vorübergehende Ausübung des Schatzmeisteramtes in Vertretung.
- Verwaltung der Mitgliederdatenbank: Aufarbeiten von Lücken in dem vom Landesverband übernommenen Datenbestands. Bearbeiten von Mitgliedsanträgen und Abgleich der Daten mit dem Landesverband.
- Korrespondenz für den Kreisvorstand: Vorbereiten einer offiziellen Briefvorlage. Versand von Anfragen an andere Stellen (z. B. zum Thema *Breitbandausbau* bzw. die Aktion *Frag die Befragten*).
- Teilnahme an Vorstandssitzungen, Stammtischen, Infoständen sowie Kreisparteitagen. Versand der Einladungsschreiben an die Mitglieder. Erstellen der Mitschrift zum außerordentlichen Kreisparteitag 2010.2.
- Kandidat für die Wahl zur Stadtverordnetenversammlung (Listenplatz 10) und zum Kreistag (Listenplatz 6).

- Seit Juli 2010 als Parlamentarier für die Piraten-Hochschulgruppe im Studierendenparlament vertreten.

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen zu dem vorgelegten Bericht.

2.3 Rechenschaftsbericht vom Schatzmeister

Der bisherige Schatzmeister, Christoph Steltner, trägt seinen Rechenschaftsbericht vor und gibt einen kurzen Überblick über die Entwicklung der Finanzen des Kreisverbands. Der folgende stichpunktartige Tätigkeitsbericht liegt vor:

- Schatzmeister des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf, seit Juni 2010
 - Erstellung des Rechenschaftsberichts im Sinne des PartG für den Kreisverband für das Jahr 2010.
 - Verwaltung der Finanzen des Kreisverbands, bestehend aus einer Barkasse und einem Konto bei der Volksbank Mittelhessen. Durchführung von Buchungen verschiedener Art, sowie zugehörige Aktualisierung der Kassen- und Kontobücher und den entsprechenden Wikiseite.
 - Erledigung von Formalitäten zur Erlangung der Geschäftsfähigkeit (Einrichtung KV-Ordner, Anfertigung Satzung sowie Wahl- und Geschäftsordnung, Geschäftsordnung des Vorstands, Einrichtung von Barkasse und Konto bei der Volksbank Mittelhessen)
 - Protokollant der Vorstandssitzungen
- Kandidat bei der hessischen Kommunalwahl 2011 für die Stadtverordnetenversammlung in Marburg auf Listenplatz 7, sowie für den Kreistag Marburg-Biedenkopf auf Listenplatz 7.
- Teilnahme und Organisation von Vorstandssitzungen, Stammtischen, Infoständen und Kreisparteitagen. Die einzelnen Termine an denen ich teilgenommen habe, können meinem Logbuch im Wiki entnommen werden.
- Administrator und Redakteur der Marburger Website, seit März bzw. Februar 2010
 - Inhaltliche und strukturelle Überarbeitung der gesamten Seite, Verfasser der Ankündigungen für Veranstaltungen, Autor der Blogs und »Notizblog«, »Unter Deck«
- Gärtner der Marburger Kategorie im Wiki, seit Februar 2010

Es gibt keine Fragen oder Anmerkungen zu dem vorgelegten Bericht. Als Rechnungsprüfer bestätigt Fabrice die Korrektheit des von Christoph Steltner vorgelegten Rechenschaftsbericht.

2.4 Tätigkeitsberichte der Beigeordneten

Jochen ist nicht anwesend und es liegt kein Tätigkeitsbericht von ihm vor. Christian gibt einen Überblick über den folgenden, in Stichpunkten vorliegenden Tätigkeitsbericht:

- Beigeordneter des Kreisverbands Marburg-Biedenkopf, seit Juni 2010
 - In dieser Funktion habe ich wie in der Geschäftsordnung des Vorstandes festgehalten die Vorstandsmitglieder bei der Erfüllung der angegebenen Aufgaben selbständig unterstützt und an mich delegierten Aufgaben erledigt.
 - Anmeldung und Durchführung von Infoständen
 - Pflege der HP, Pflege des Twitter Accounts und der FB Seite
 - Erstellung von PMs
 - Übernahme vieler Bereiche der Politischen Geschäftsführung:
 - * Vorbereitung und Fahrt zur »Freiheit statt Angst 2010«
 - * Unterstützung der Amnesty Kampagne »Mehr Verantwortung für die Polizei«
 - * Besuch der Open Mind in Kassel
 - * Organisation der PG Kommunalwahl
 - * Besuch von Ausschüssen und Sitzungen des Stadtparlaments
 - * Nachfrage im Kreis und E-Petition gegen die Volkszählung
 - * Besuch von politischen Veranstaltungen in Marburg von u.a. attac, dem DGB der ödp, BI b3a
- Unterstützung des Vortrages der Hochschulgruppe
- Durchführung der Aktion »Frag die Befragten«
- Kandidat bei der hessischen Kommunalwahl 2011 für die Stadtverordnetenversammlung in Marburg auf Listenplatz 2, sowie für den Kreistag Marburg-Biedenkopf auf Listenplatz 8.
- Teilnahme und Organisation an bzw. von allen Vorstandssitzungen, fast allen Stammtischen, Infoständen, Kreisparteitagen und PG Kommunalwahltreffen.
- Bereitstellung eines Lagerraums für Materialien

Bastiaan fragt nach Christians geplanter Ausbildung bei der Stadtverwaltung. Christian steht eine Stelle in Wetzlar in Aussicht. Die Versammlung stellt fest, dass die Stelle nicht mit Christians Kandidatur für das Marburger Stadtparlament in Konflikt steht.

2.5 Entlastung des Vorstands

Die Versammlungsleitung erinnert die Versammlung daran, dass die Entlastung des gesamten Vorstands durch offene Abstimmung stattfindet. Daraufhin wird der bisherige Vorstand durch die Versammlung entlastet.

3 Den Vorstand betreffende Satzungsänderungsanträge

Christian stellt seinen Satzungsänderungsantrag vor, der die Zusammensetzung des Vorstands neu regelt. Als Antragsteller hat Christian den Antrag wieder zurück gezogen. Daher stimmt die Versammlung an dieser Stelle nicht über den Antrag ab.

Thumay schlägt vor, dass der neue Vorstand seine Aufgabenbereiche unter den Vorstandsmitgliedern verteilt. Sascha kritisiert die feste Verteilung von Zuständigkeiten. Fabrice schlägt vor, eine ausreichende Anzahl von Beigeordneten in den Vorstand zu wählen, damit die Aufgaben besser verteilt werden können. Sascha sagt, dass mangelnde Kommunikation zwischen den Vorstandsmitgliedern zu einer unzureichenden Erledigung von Aufgaben führe. Thumay erinnert die Versammlung daran, dass bei der Gründung des Kreisverbands der Vorstand nicht als Gremium, sondern als repräsentative Instanz gesehen werden sollte. Sascha schlägt vor, dass Vorstandsmitglieder und Piraten sich regelmäßig zu einem *Brainstorming* treffen, um Verbesserungen bei den Zuständigkeiten zu ermöglichen. Manuel stellt einen Geschäftsordnungsantrag auf Schließung der Rednerliste. Thumay schlägt abschließend vor, das Thema an den neu zu wählenden Vorstand zu übergeben.

4 Wahlen der Vorstandsmitglieder und Kassenprüfer

Die bisherige Satzung sieht bis zu sechs Beigeordnete im Vorstand vor. Jens schlägt eine Erweiterung auf vier Beigeordnete vor. Thumay macht darauf aufmerksam, dass in Zukunft vermutlich mehr Arbeit auf den Vorstand zu kommen wird und spricht sich ebenfalls für eine Erweiterung aus. Christoph Steltner gibt zu bedenken, dass es vorteilhaft sei, eine ungerade Anzahl von Vorstandsmitgliedern zu bestimmen. Außerdem sei auch ein Rechnungsprüfer zu wählen, der nicht aus dem Vorstand stammen darf. Fabrice fragt, ob jemand in der Versammlung keine Aufgabe übernehmen wolle.

Christoph Steltner wirft ein, dass die Versammlung laut Wahl- und Geschäftsordnung ohnehin über die Anzahl der Beigeordneten abstimmen muss. Bei der Abstimmung wird mit neun (9) Stimmen, einer (1) Gegenstimme und einer (1) Enthaltung die Anzahl auf vier (4) Beigeordnete festgelegt.

4.1 Vorstandsvorsitzender

Die Versammlungsleitung bittet um Vorschläge und Kandidaturen für das Amt des Vorstandsvorsitzenden. Es gibt folgende Vorschläge:

- Thumay (vorgeschlagen durch Jens)
- Christian (vorgeschlagen durch Thumay)

Christian lehnt eine Kandidatur als Vorstandsvorsitzender ab. Thumay erklärt sich einverstanden mit dem Vorschlag. Nach offener Auszählung der Stimmen durch den Wahlleiter wird Thumay mit zehn (10) Stimmen und einer (1) Enthaltung erneut zum Vorstandsvorsitzenden bestimmt.

4.2 Stellvertretender Vorsitzender

Der Versammlungsleiter bittet um Vorschläge und Kandidaturen für das Amt des stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden. Es gibt folgende Vorschläge:

- Christian (vorgeschlagen durch Jens)
- Jens (vorgeschlagen durch Christian)
- Christoph Scheid (vorgeschlagen durch Thumay)

Christian und Christoph erklären sich mit einer Kandidatur nicht einverstanden. Thumay erinnert nach kurzer Diskussion nochmals daran, dass die Posten im Vorstand hauptsächlich für die Außenwirkung von Bedeutung sind. Jens nimmt den Vorschlag an. Nach offener Auszählung der Stimmen wird Jens einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden bestimmt.

4.3 Schatzmeister

Die Versammlungsleitung ruft die Anwesenden auf, Vorschläge für das Amt des Schatzmeisters zu machen. Es gibt die folgenden Vorschläge:

- Sascha
- Christoph Steltner (vorgeschlagen durch Fabrice)
- Fabrice (vorgeschlagen durch Bastiaan)

Sascha wirft ein, dass wegen des zu erwartenden Mandats unklar sei, wie viel Arbeit in nächster Zeit auf ihn zu kommen könne. Er erklärte sich bereit, für das Amt zu kandidieren, wenn er abschätzen könne, ob er den anfallenden Aufgaben in einem geeigneten Maße nachkommen könne.

Christoph Steltner lehnt eine Kandidatur aus persönlichen Gründen ab. Christian fragt, ob er die Aufgabe nicht zunächst übernehmen könne und erst beim Ausfall einen Nachfolger bestimmen

würde. Da Christoph aber bereits kurz nach der Wahl nicht mehr verfügbar wäre, erscheint diese Möglichkeit nicht sinnvoll. Auf Nachfrage von Jens erklärt Christoph Steltner sich bereit, als Beigeordneter dem neu gewählten Schatzmeister beratend zur Seite zu stehen.

Die Versammlungsleitung klärt Fabrice darüber auf, dass der bei der Kandidatur für ein Amt nicht als Wahlleiter für den entsprechenden Wahlgang zur Verfügung steht. Christoph Steltner übernimmt das Amt des Wahlleiters für die Wahl des Schatzmeisters.

Nach offener Auszählung wird Fabrice mit neun (9) Stimmen, einer (1) Gegenstimme und einer (1) Enthaltung zum Schatzmeister bestimmt.

4.4 Wahl der vier Beigeordneten

Bastiaan ruft die Versammlung dazu auf, Kandidaten für das Amt der Beigeordneten vorzuschlagen. Es gibt folgende Vorschläge:

1. Christoph Scheid (vorgeschlagen durch Christian)
2. Dario (vorgeschlagen durch Jens)
3. Christian (vorgeschlagen durch Christoph Scheid)
4. Sascha (vorgeschlagen durch Christian)
5. Bastiaan (vorgeschlagen durch Christoph Steltner)
6. Christine (vorgeschlagen durch Manuel)

Alle vorgeschlagenen Kandidaten erklären sich mit den Vorschlägen einverstanden. Es ergibt sich eine Kandidatenliste mit der obigen Reihenfolge. Die Kandidaten werden gefragt, welche Zuständigkeiten sie bei der Vorstandsarbeit übernehmen würden.

Sascha stellt sich vor, weiterhin die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und bei Bedarf auch andere anfallende Aufgaben zu übernehmen.

Christoph Scheid und Christine haben sich über ihre Tätigkeiten noch keine konkreten Gedanken gemacht, erklären sich aber bereit, die Piraten in der Öffentlichkeit zu vertreten.

Dario würde weiterhin die Mitgliederverwaltung, Briefkorrespondenz und Büroarbeit übernehmen. Weiterhin erklärt er sich bereit, den Vorstand bei anderen Arbeiten zu unterstützen und nach außen zu vertreten.

Bastiaan interessiert sich hauptsächlich für programmatische Arbeit.

Christian stellt sich vor, organisatorische und inhaltliche Arbeiten (z. B. zum Thema *Bedingungsloses Grundeinkommen*) übernehmen zu können.

Die Wahl der Liste (mit obiger Reihenfolge) findet als *Wahl durch Zustimmung* statt. Nach offener Auszählung der Stimmen ergibt sich die folgende Verteilung:

- Sascha: acht (8) Stimmen

- Christoph Scheid: sechs (6) Stimmen
- Dario: sechs (6) Stimmen
- Bastiaan: neun (9) Stimmen
- Christine: fünf (5) Stimmen
- Christian: neun (9) Stimmen

Bei diesem Ergebnis erreichten Sascha, Christian sowie Bastiaan die meisten Stimmen und Zustimmung von mehr als 50 %.

Wegen Stimmgleichheit wird eine Stichwahl zwischen Christoph Scheid und Dario vorgenommen. Diese geht mit fünf (5) Stimmen zugunsten von Dario aus, drei (3) Stimmen entfallen auf Christoph. Es gibt eine (1) Enthaltung und drei (3) ungültige Stimmen.

4.5 Zusammensetzung des neuen Vorstands

Die gewählten Vorstandsmitglieder nehmen das Wahlergebnis an. Dadurch ergibt sich die folgende Zusammensetzung des Vorstands:

- Vorsitzender: Thumay Karbalai Assad
- Stellv. Vorsitzender: Jens Fricke
- Schatzmeister: Fabrice Schindler
- Beigeordnete: Sascha Klee, Christian Backes, Bastiaan Zapf, Dario Linsky

Der wiedergewählte Vorstandsvorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden für das erneut ausgesprochene Vertrauen. Die konstituierende Vorstandssitzung findet am Donnerstag, den 7. April 2011 statt. Nach den Vorstandswahlen wird die Versammlung unterbrochen, um Fotos vom neu gewählten Vorstand zu machen.

4.6 Wahl der Kassenprüfer

Die Versammlung wird um 12:45 fortgesetzt. Für den weiteren Verlauf sind noch zehn Piraten akkreditiert.

Die Versammlungsleitung ruft die Anwesenden dazu auf, Vorschläge für das Amt der Rechnungs- und Kassenprüfer zu machen. Christoph Steltner schlägt sich selbst vor. Fabrice schlägt Christine vor.

Die Wahl der Kassenprüfer findet durch offene Abstimmung statt. Beide Kassenprüfer werden in einem Wahlgang einstimmig bestimmt.

5 Satzungsänderungsanträge

5.1 Änderung des Termins des ordentlichen Kreisparteitages

Die Versammlungsleitung stellt den Inhalt des Antrags sowie die Auswirkungen auf die betroffenen Paragraphen vor. Der Antragstext lautet:

»In §11 (4) wird das Wort »zweiten« durch das Wort »ersten« ersetzt.«

Begründung des Antragstellers. Den Termin müssen wir in jedem Fall verändern, da wir sonst im zweiten Quartal dazu gezwungen sein werden einen weiteren Kreisparteitag auszurichten um dort dann erneut einen Vorstand zu wählen. Außerdem halte ich es für sinnvoll, wenn die Amtsperiode eines Vorstands in etwa mit dem Geschäftsjahr zusammenfällt. Denn dadurch kann mit der Entlastung des Vorstands das Geschäftsjahr zeitnah abgeschlossen werden und es gibt keine größeren Überschneidungen zwischen zwei Vorständen.

Als Antragsteller trägt Christoph Steltner die Begründung des Antrags nochmals vor. Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit neun (9) Stimmen angenommen. Es gibt eine (1) Enthaltung und keine (0) Gegenstimmen.

5.2 Zulassung von Antragsänderungen auf dem Kreisparteitag

Bastiaan stellt den Inhalt des Antrags vor, Christoph Steltner führt die Begründung nochmals aus. Der Änderungsantrag lautet wie folgt:

»Ein neuer §12 (5) soll eingefügt werden, die bisherigen §12 (5) bis §12 (7) werden jeweils eins nach hinten verschoben. Angaben in Klammern sind als Alternativanträge zu verstehen.«

Begründung des Antragstellers. Oft streiten wir Piraten uns bei Anträgen über einige wenige Wörter oder Formulierungen, die jemanden aus welchen Gründen auch immer nicht passen. Wenn wir die Möglichkeit hätten kleine Veränderungen an den Anträgen vorzunehmen, könnten wir schneller bessere Resultate erzielen.

Jens wirft ein, dass die Zweidrittelmehrheit möglicherweise Probleme ergeben könnte. Die Formulierung des Antrags wird einstimmig auf *einfache Mehrheit* festgelegt. Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit neun (9) Stimmen und einer (1) Enthaltung angenommen. Es gibt keine Gegenstimmen.

5.3 Außerordentliche Kreisparteitage

Nach inhaltlicher Vorstellung des Antrags, trägt Jens als Antragsteller die Begründung nochmals vor. Der Antragstext lautet wie folgt:

»§11, Abs. 5, Punkt 3: wird gestrichen. §11, Abs. 5, Punkt 2: letztes Wort (›oder‹) wird ersetzt durch Satzzeichen ›,‹«

Begründung des Antragstellers. Es erscheint nicht nachvollziehbar, weshalb einer eventuell bestehenden Kreistagsfraktion das Recht eingeräumt werden soll, außerordentliche Kreisparteitage einzuberufen, entsprechenden Fraktionen in Stadt-/Gemeindeparlamenten jedoch nicht. Die Regelung in Punkt 2.) ist ausreichend.

Christoph Steltner wirft ein, dass dieser Punkt der Kreistagsfraktion durchaus entgegen kommen könne. Dario stellt eine Zwischenfrage zur Klärung Formulierungen von »Antrag« bzw. »Einberufung«. Nach offener Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

5.4 Zusammensetzung Kreisvorstand

Als Antragsteller hat Christian den Antrag (vgl. Abschnitt 3) wieder zurück gezogen. Eine Diskussion bzw. Abstimmung findet nicht statt.

5.5 Formalia der Antragstellung

Nach der Vorstellung des Antrags fasst Christian nochmals die Begründung des Antrags zusammen. Der Antragstext lautet wie folgt:

»In §12, Abs. (3) wird die Frist zur Behandlung von Sachanträgen von 20 auf 14 Tage gekürzt; in Abs (4) wird eine Mehrheitsverhältnis eingefügt«

Begründung des Antragstellers. Die bisherige Regelung zur Ladungsfrist macht wenig Sinn, wenn man noch nicht mal über das Stattfinden des KPT informiert wurde (14 Tage vorher nach altem Stand). Eine entsprechender Änderungsvorschlag auf Verlängerung der Frist zur Einladung auf 21 Tage wurde bei SÄA 3 vorgeschlagen. Der zweite Punkt ist notwendig, um zu klären, wann ein Dringlichkeitsantrag als zugestimmt gilt.

Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit neun (9) Stimmen und einer (1) Enthaltung angenommen.

5.6 Urabstimmung als demokratische Teilhabe

Christoph Steltner gibt seinen Dringlichkeitsantrag kurz inhaltlich wieder. Nach offener Abstimmung beschließt die Versammlung, den Antrag zu behandeln. Der Antrags text lautet wie folgt:

»Anstelle des bestehenden § 17 wird ein neuer Abschnitt ›IV. Demokratische Teilhabe‹ mit einem neuen § 17 ›Urabstimmungen‹ eingefügt und alle nachfolgenden Paragraphen um jeweils eins nach hinten verschoben.«

Begründung des Antragstellers. In der derzeitigen Fassung der Satzung sind keine Regelungen für die demokratische Teilhabe der Parteibasis enthalten. In Anbetracht der sehr wahrscheinlichen Erlangung von Mandaten in Kreistag und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg und der damit verbundenen politischen Verantwortung ist dies ein Umstand der dringend geändert werden muss. Mangels Alternativen erscheint mir die Einführung von Urabstimmungen in die Satzung als ein erster Schritt, der die demokratische Teilhabe der Parteibasis in der Satzung verankert und sich als Stein des Anstoßes für zukünftige Änderungen versteht.

Jens fragt nach der Form, in der die Urabstimmungen durchgeführt werden können bzw. sollen. Die Versammlung stellt fest, dass bezüglich der Form noch Unklarheiten bestehen.

Fabrice fragt, ob die getroffenen Entscheidungen für Mandatsträger verbindlich sind. Dies ist aus diversen Gründen (Gewissensfreiheit, u.a.) nicht der Fall. Die Ergebnisse der Urabstimmungen sind als Meinungsbild zu verstehen.

Nach offener Abstimmung wird der Antrag einstimmig angenommen.

6 Programmanträge

6.1 Schönheitskorrekturen an den Eckpunkten

Christoph Steltner legt den Dringlichkeitsantrag #PO2 vor. Die Versammlung beschließt mit neun (9) Stimmen und einer (1) Enthaltung, den Antrag zu behandeln. Der Antragstext lautet wie folgt:

»Die Eckpunkte zur Kommunalwahl sollen wie folgt überarbeitet bzw. ergänzt werden. Angaben in Klammern sind als Alternativen zu verstehen.«

Begründung des Antragstellers. Die derzeitige Fassung weist einige Fehler in Sprache, Grammatik und Rechtschreibung auf, die im Sinne eines besseren Gesamteindrucks korrigiert werden sollten, bevor die Eckpunkte zu einem Wahlprogramm werden.

Die Versammlung stellt fest, dass es keine signifikanten, inhaltlichen Abweichungen zu den auf dem letzten Kreisparteitag beschlossenen Eckpunkten gibt. Es gibt ein Vorwort zu dem bisherigen Entwurf, dessen Inhalt Bastiaan auf Nachfrage von Jens vorträgt. Es gibt einige redaktionelle Verbesserungsvorschläge zur Formulierung.

Nach offener Abstimmung wird die gemäß des Antrags aktualisierte Form der Eckpunkte einstimmig angenommen.

Auf Geschäftsordnungsantrag von Christoph Scheid wird die Versammlung für zehn Minuten unterbrochen.

6.2 Erklärung der Eckpunkte zum Wahlprogramm

Die Versammlungsleitung trägt den folgenden Antrag von Christoph Steltner vor:

»Der Kreisverband erklärt die Eckpunkte zur Kommunalwahl, einschließlich eventueller Änderungen die auf dem Kreisparteitag an den Eckpunkten vorgenommen werden, zu seinem Wahlprogramm.«

Begründung des Antragstellers. Wir müssen den Bürgern klare Signale geben, dazu gehört auch ein »ordentliches« Wahlprogramm. Denn dies sendet einfach andere Signale aus und hat eine höhere Verbindlichkeit, als ein Papier das sich »Eckpunkte zur Kommunalwahl« nennt.

Es gibt keine Wortmeldungen zu dem Antrag. Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit neun (9) Stimmen und einer (1) Enthaltung angenommen. Die Eckpunkte gehen somit in ein Wahlprogramm zur Kommunalwahl über.

6.3 Öffentlicher Nahverkehr

Die Versammlung beschließt mit neun (9) Stimmen und einer (1) Enthaltung, den Dringlichkeitsantrag zum Thema *Öffentlicher Nahverkehr* von Christian zu behandeln. Die Versammlungsleitung trägt den Inhalt des Antrags vor. Der vorgelegte Antragstext lautet wie folgt:

»Der Kreisverband beabsichtigt, das ÖPNV-Angebot in der Stadt Marburg zu erhalten und, wo nötig, weiter auszubauen. Außerdem soll das städtische Nahverkehrsangebot besser mit dem überregionalen ÖPNV verzahnt werden, indem die Stadtwerke bei den Abfahrtszeiten z. B. vom Hauptbahnhof beraten werden. Hierzu könnten Praktika, Diplom- oder Bachelorarbeiten angeboten werden. Bei Bedarf sollte hierfür aber auch eine zu schaffende (zunächst befristete) Stelle möglich sein.«

Begründung des Antragstellers. Der ÖPNV ist wichtig für die Mobilität der Bürger der Stadt Marburg und muss gefördert werden.

Christoph Steltner macht darauf aufmerksam, dass es keinen entsprechenden Gliederungspunkt im bisherigen Wahlprogramm gibt. Daher sei es unklar, in welchen Themenkomplex der Punkt aufgenommen werden soll. Christian schlägt daraufhin einen neuen Punkt »Infrastruktur« vor. Christoph Steltner weist darauf hin, dass es keinen Antrag gibt, um einen neuen Gliederungspunkt einzufügen.

Laut Jens hat die Universitätspräsidentin bereits im Kreistag explizit auf eine hohe Nachfrage und Abhängigkeit der Studierendenschaft hingewiesen habe. Außerdem sei die Koordination bzw. Kommunikation zwischen den einzelnen Instanzen des Nahverkehrs nicht ausreichend.

Die Versammlungsleitung stellt fest, dass es keine klare Eingliederung in den Programmentwurf gibt. Daraufhin schlägt Christoph Steltner vor, den Punkt als Positionspapier an das Wahlprogramm anzuhängen.

Bastiaan schlägt vor, den Punkt zunächst unter Vorbehalt einer redaktionellen Überarbeitung ins Programm aufzunehmen. Die Versammlung beschließt mit neun (9) Stimmen und einer Gegenstimme, die Thematik ins Programm aufzunehmen.

6.4 Ausbau des öffentlichen W-LAN

Die Versammlung beschließt einstimmig, den von Christian vorgelegten Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Der Antragstext lautet wie folgt:

Der Kreisparteitag möge beschließen, dass der Kreisverband sich dafür einsetzt, dass
»Der Kreisverband setzt sich dafür ein, dass die W-LAN-Access-Möglichkeiten in Marburg erweitert werden und prüfen zu lassen, ob die Bushaltestellen für Kunden der Stadtwerke als Access Points ausgebaut werden können.«

Begründung des Antragstellers. Der kostengünstige Zugriff auf Informationen des Internets ist für eine Universitätsstadt immens wichtig.

Jens bemerkt, dass der Punkt zu den Kernthemen der Piratenpartei gehört und befürwortet den Antrag. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Bereitstellung durch die Stadtwerke möglicherweise an eine Kundenbindung an die Stadtwerke bedeuten könne. Dies stelle unter Umständen eine Zugangsbeschränkung dar.

Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit acht (8) Stimmen, einer (1) Gegenstimme und einer (1) Enthaltung angenommen.

6.5 Ausbau der Breitbandversorgung

Die Versammlung beschließt mit neun (9) Stimmen und einer (1) Gegenstimme, den von Christian vorgelegten Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Bastiaan stellt den Antragstext vor:

Der Kreisparteitag möge beschließen, den folgenden Punkt in das Wahlprogramm aufzunehmen:

»Der Ausbau der Breitbandversorgung im Landkreis ist zu forcieren und dies ist nach Möglichkeit vor allem mit lokalen Partnern unter transparenter Geschäftspolitik zu verwirklichen.«

Begründung des Antragstellers. Die Breitbandversorgung ist eine wichtige Infrastrukturmaßnahme für den Landkreis.

Es gibt Einwände, dass die Thematik bereits durch Parlamente und andere Stellen behandelt und beschlossen wurde und eine Aufnahme des Themas ins Wahlprogramm »verspätet« wirken könne. Bastiaan merkt an, dass der Begriff »forcieren« evtl. so auszulegen sei, dass die geplante Umsetzung beschleunigt werden solle.

Manuel merkt an, dass nicht der Breitbandausbau selbst, sondern mehr Transparenz bei der Umsetzung gefordert werden soll. Es gibt eine Diskussion, ob der Antrag durch die Versammlung nochmals abgeändert werden könne. Jens schlägt vor, den Begriff »forcieren« zu streichen und den Antrag entsprechend umzuformulieren.

Jens stellt einen Geschäftsordnungsantrag, die Versammlung zu unterbrechen. Es gibt keine Gegenrede. Daraufhin wird die Versammlung für zehn Minuten unterbrochen und um 14:20 fortgesetzt. Nach redaktioneller Änderung lautet der Antragstext wie folgt:

»Der Ausbau der Breitbandversorgung ist nach Möglichkeit mit lokalen Partnern unter transparenter Geschäftspolitik zu verwirklichen.«

Die Versammlung stellt fest, dass die besprochene redaktionelle Änderung umgesetzt wurde. Der geänderte Antrag wird nach offener Abstimmung mit acht (8) Stimmen, einer (1) Gegenstimme und einer (1) Enthaltung angenommen.

6.6 Regenerative Energien

Die Versammlung beschließt mit acht (8) Stimmen, einer (1) Gegenstimme und einer (1) Enthaltung, den von Christian vorgelegten Dringlichkeitsantrag zu behandeln. Bastiaan stellt den folgenden Antragstext vor:

Der Kreisparteitag möge beschließen, den folgenden Punkt in das Wahlprogramm aufzunehmen:

»Die Nutzung und den Ausbau von Nahwärme mit regenerativen Energien im Landkreis soll gefördert und eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, diese als primäre Energiequellen zu nutzen. Um die Umwelt zu schonen, soll ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung lokal erhalten werden. Geschäfte mit Diktaturen, die Öl liefern, sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren.«

Begründung des Antragstellers. Nachhaltige Entwicklung für den Kreis angesichts problematischer Nuklear- und Ölenergiegewinnung muss ausgebaut werden.

Jens merkt an, dass ein solcher inhaltlicher Programmpunkt verspätet komme und die Piraten sich damit blamieren würden. Christoph Scheid weist darauf hin, dass es sinnvoll sei, eine Position dazu zu vertreten. Fabrice schlägt vor, den Punkt als Positionspapier ans Programm anzuhängen.

Christian schlägt vor, den letzten Satz zu streichen.

Bastiaan weist darauf hin, dass Programmanträge in Anträge zu Positionspapieren geändert werden können. Nach redaktioneller Änderung lautet der Antragstext wie folgt:

»Die Nutzung und den Ausbau von Nahwärme mit regenerativen Energien im Landkreis soll gefördert und eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, diese als primäre Energiequelle zu nutzen. Um die Umwelt zu schonen, soll ein möglichst großer Teil der Wertschöpfung lokal erhalten werden. Öl-Importe sind auf ein Mindestmaß zu reduzieren.«

Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit fünf (5) Stimmen, vier (4) Gegenstimmen und einer (1) Enthaltung nicht angenommen, da die notwendige einfache Mehrheit nicht erreicht ist.

Fabrice übernimmt den überarbeiteten Dringlichkeitsantrag als Positionspapier. Die Versammlungsleitung stellt fest, dass nach der geltenden Geschäftsordnung keine Anträge während der Versammlung verfasst werden können. Es wird darauf hingewiesen, dass der Kreisvorstand auch kurzfristig Positionspapiere beschließen kann. Ein Beschluss wird entsprechend auf unbestimmte Zeit vertagt.

6.7 Grundversorgung in kommunaler Hand

Die Versammlung beschließt mit sechs (6) Stimmen und einer (1) Enthaltung, dass der von Christian vorgelegte Dringlichkeitsantrag behandelt wird. Bastiaan stellt den folgenden Antragstext vor und erinnert daran, dass ein inhaltlich ähnlicher Punkt bereits im Wahlprogramm vorhanden sei.

Der Kreisparteitag möge beschließen, den folgenden Punkt in das Wahlprogramm aufzunehmen:

»Die Grundversorgung mit Wasser, Strom, Wärme, Kommunikation und Gesundheit ist nicht allein nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu organisieren, sondern diese ist als Grundversorgung so weit als möglich in kommunaler Hand zu behalten bzw. dies, wo nötig, wieder in die öffentliche Hand zurück zu führen.«

Begründung des Antragstellers. Grundversorgung muss in kommunale Hand, um einseitige Bereicherung durch private Interessen zu verhindern und in Stadt und dem Kreis eine unabhängige Grundversorgung zu sichern.

Jens weist darauf hin, dass alle im Kreistag vertretenen Parteien sich gegen »Public Private Partnership«-Projekte ausgesprochen haben und kommunale Verantwortung befürworten. Eine vollständige Verstaatlichung sei allerdings bedenklich und nicht wünschenswert. Die Versammlung stellt fest, dass der vorgelegte Antragstext keine vollständige Verstaatlichung fordert. Eine redaktionelle Zusammenführung des Antrags mit dem bestehenden Programmpunkt zu »Public Private Partnership«-Projekten wird erwogen.

Nach offener Abstimmung wird der Antrag mit sieben (7) Stimmen und drei (3) Gegenstimmen angenommen.

7 Sonstige Anträge

7.1 Synchronisation der Mailingliste mit Forum und Newsgroup

Bastiaan trägt den Inhalt des Antrags vor und erläutert einige technische Hintergründe. Der Antragstext lautet wie folgt:

»Der Kreisvorstand wird beauftragt bis zum 01. Mai 2011 die Mailingliste ›Piraten Marburg <marburg@piratenpartei-hessen.de>‹ mittels Syncom mit dem Newsserver news.piratenpartei.de und dem Forum unter <http://news.piratenpartei.de> zu synchronisieren. Die Haltedauer der Beiträge soll 90 Tage betragen.«

Begründung des Antragstellers. Durch die Synchronisation ermöglichen wir interessierten Menschen einen leichteren Zugang zu den Inhalten unserer Mailingliste. Dadurch können die Inhalte über verschiedene Wege konsumiert werden, sodass sich jeder Teilnehmer dann für seine bevorzugte Variante entscheiden kann. Außerdem kann es Situationen geben in denen einer der Wege (z.B. E-Mail auf der Arbeit) nicht verfügbar sind, die anderen aber sehr wohl.

Jens wendet ein, dass Nutzer einer Mailingliste darüber aufgeklärt werden sollten, wenn ihre Beiträge an anderer Stelle archiviert bzw. veröffentlicht würden. Die Nutzungsbedingungen der verschiedenen Stellen könnten voneinander abweichen. Fabrice weist darauf hin, dass eine Moderation nicht erfolgen dürfe, Newsgroups als unkritisch zu sehen sind und es technische Möglichkeiten zur Umsetzung gibt.

Bastiaan weist auf die mögliche Verwendung einer kryptographischen Signatur hin, um eine Verfälschung zu verhindern. Christoph Steltner bemerkt, dass bei der Synchronisation sämtliche Änderungen (z. B. in einem Forum) an die Mailingliste zurück gemeldet würde.

Christoph Scheid weist auf die Möglichkeit von Webmail-Diensten hin, um Protokollsperrern zu umgehen.

Der Antrag wird nach offener Abstimmung mit sechs (6) Stimmen, zwei (2) Gegenstimmen und einer (1) Enthaltung angenommen.

8 Ende der Versammlung

Manuel stellt aus aktuellem Anlass bzgl. der Ereignisse in Japan einen Antrag an die Versammlung, die Position der Piratenpartei zum Thema *Energiegewinnung durch Kernspaltung* auf der Webseite explizit zu vertreten. Die Versammlung bereitet ein Kommunikee bzw. eine Pressemitteilung vor (vgl. Anhang).

Bastiaan schließt die Versammlung um 15:00.

.....

Versammlungsleiter

.....

Wahlleiter

.....

Vorstand

Anlage A: Satzungsänderungsanträge

#SÄA1: Änderung des Termins des ordentlichen Kreisparteitages

Antragsteller: Christoph Steltner

Änderung:

In §11 (4) wird das Wort »zweiten« durch das Wort »ersten« ersetzt.

Alte Fassung:

(4) Der ordentliche Kreisparteitag findet im zweiten Quartal jedes Kalenderjahres statt und ist durch Beschluss des Kreisvorstandes vom Vorsitzenden mit einer Frist von zwei Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen.

Neue Fassung:

(4) Der ordentliche Kreisparteitag findet im ersten Quartal jedes Kalenderjahres statt und ist durch Beschluss des Kreisvorstandes vom Vorsitzenden mit einer Frist von zwei Wochen unter Bekanntgabe der Tagesordnung einzuberufen.

Begründung:

Den Termin müssen wir in jedem Fall verändern, da wir sonst im zweiten Quartal dazu gezwungen sein werden, einen weiteren Kreisparteitag auszurichten, um dort dann erneut einen Vorstand zu wählen. Außerdem halte ich es für sinnvoll, wenn die Amtsperiode eines Vorstands in etwa mit dem Geschäftsjahr zusammenfällt. Denn dadurch kann mit der Entlastung des Vorstands das Geschäftsjahr zeitnah abgeschlossen werden und es gibt keine größeren Überschneidungen zwischen zwei Vorständen.

#SÄA2: Zulassung von Antragsänderungen auf dem Kreisparteitag

Antragsteller: Christoph Steltner

Änderung:

Ein neuer §12 (5) soll eingefügt werden, die bisherigen §12 (5) bis §12 (7) werden jeweils eins nach hinten verschoben. Angaben in Klammern sind als Alternativanträge zu verstehen.

Neue Fassung:

(4) Änderungen von Programm- und sonstigen Anträgen sind während des Kreisparteitags zulässig, sofern sie nicht den Antragsinhalt wesentlich verändern. Um einen Antrag zu ändern, ist die Zustimmung des Parteitags mit [einfacher/Zweidrittel-/Dreiviertel-] Mehrheit erforderlich.

Begründung:

Oft streiten wir Piraten uns bei Anträgen über einige wenige Wörter oder Formulierungen, die jemand, aus welchen Gründen auch immer, nicht passen. Wenn wir die Möglichkeit hätten, kleine Veränderungen an den Anträgen vorzunehmen, könnten wir schneller bessere Resultate erzielen.

#SÄA3: Außerordentliche Kreisparteitage

Antragsteller: Jens Fricke

Änderung:

§11, Abs. 5, Punkt 3: wird gestrichen. §11, Abs. 5, Punkt 2: letztes Wort (»oder«) wird ersetzt durch Satzzeichen ».«

Alte Fassung:

- (5) Außerordentliche Kreisparteitage können beantragt werden
1. durch Beschluss des Kreisvorstandes oder
 2. auf Antrag von mindestens 10 % der Mitglieder, die der Kreisverband in dem Monat vor dem Einberufungsantrag als beitragspflichtig gemeldet hat oder
 3. auf Antrag der Fraktion des Kreistages.

Neue Fassung:

- (5) Außerordentliche Kreisparteitage können beantragt werden
1. durch Beschluss des Kreisvorstandes oder
 2. auf Antrag von mindestens 10 % der Mitglieder, die der Kreisverband in dem Monat vor dem Einberufungsantrag als beitragspflichtig gemeldet hat.

Begründung:

Es erscheint nicht nachvollziehbar, weshalb einer eventuell bestehenden Kreistagsfraktion das Recht eingeräumt werden soll, außerordentliche Kreisparteitage einzuberufen, entsprechenden Fraktionen in Stadt-/Gemeindeparlamenten jedoch nicht. Die Regelung in Punkt 2.) ist ausreichend.

#SÄA4: Zusammensetzung Kreisvorstand

Antragsteller: Christian Backes

Änderung:

§14, Abs. (1), Einführung neuer Vorstandsämter, Begriff Kreis zweimal gestrichen

Alte Fassung:

(1) Der Kreisvorstand besteht aus:

1. dem Kreisvorsitzenden
2. seinem Stellvertreter
3. dem Kreisschatzmeister
4. bis zu sechs Beigeordneten

Neue Fassung:

(1) Der Kreisvorstand besteht aus:

1. dem Vorsitzenden
2. dem stellvertretenden Vorsitzenden
3. dem Schatzmeister
4. dem Generalsekretär
5. dem politischen Geschäftsführer
6. dem Pressesprecher
7. einem Beigeordneten

Begründung:

Meiner Einschätzung nach bringt das die Leute in die Verantwortung und damit steigen Aktivität und Engagement. In 3 Fällen ist mir konkret aufgefallen, dass Mitglieder nach der nicht erfolgten (aber offenbar erhofften Wahl) in den Vorstand ihre Aktivitäten eingestellt oder verringert haben. Dafür gab es zwar wohl auch andere Gründe und dieser Mechanismus wirkt nicht bei jedem gleich, aber ein Vorstandsamt sorgt bei vielen für ein anderes Verantwortungs- und Pflichtbewusstsein. Ich habe die Erfahrung gemacht, dass die Basis sich nach KV-Gründung zurückgezogen hat und vieles beim Vorstand hängen bleibt. Als Konsequenz ziehe ich daraus, dass ein großer Vorstand für erhöhte Aktivität und größeres Engagement steht. Insofern muss zwar nicht jeder Aktive im Vorstand sein, aber ich behaupte, dass fast jeder im Vorstand aktiver ist, als er es sonst wäre. Die Funktionen müssen zudem klarer als jetzt bestimmt werden. Auf diese Weise wird die Abstimmung mit diesem verbessert und die Aktivität der den Funktionen zugeordneten Personen steigt. Ich denke in unserer Mediengesellschaft gehört auch das Amt des Pressesprechers entsprechend gewürdigt und in den Vorstand. Allerdings sollte ganz generell die Öffentlichkeitsarbeit seine Aufgabe sein.

#SÄA5: Formalia der Antragstellung

Antragsteller: Christian Backes

Änderung:

In §12, Abs. (3) wird die Frist zur Behandlung von Sachanträgen von 20 auf 14 Tage gekürzt; in Abs. (4) wird ein Mehrheitsverhältnis eingefügt

Alte Fassung:

(3) Sachanträge zur Behandlung auf dem Kreisparteitag sind unter Angabe des Antragstellers in Textform mit einer Antragsfrist von mindestens 20 Tagen einzureichen. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Kreisverbandes, sowie der Kreisvorstand, die Ortsverbände und der Kreisverband der Jungen Piraten.

(4) Anträge, die zwischen Antragsfrist und Eröffnung des Kreisparteitages gestellt werden (Dringlichkeitsanträge) sind zuzulassen, wenn der Kreisparteitag zustimmt. Der Antragsteller muss die Dringlichkeit begründen.

Neue Fassung:

(3) Sachanträge zur Behandlung auf dem Kreisparteitag sind unter Angabe des Antragstellers in Textform mit einer Antragsfrist von mindestens 14 Tagen einzureichen. Antragsberechtigt sind alle Mitglieder des Kreisverbandes, sowie der Kreisvorstand, die Ortsverbände und der Kreisverband der Jungen Piraten.

(4) Anträge, die zwischen Antragsfrist und Eröffnung des Kreisparteitages gestellt werden (Dringlichkeitsanträge) sind zuzulassen, wenn der Kreisparteitag mit einfacher Mehrheit zustimmt. Der Antragsteller muss die Dringlichkeit begründen.

Begründung:

Die bisherige Regelung zur Ladungsfrist macht wenig Sinn, wenn man noch nicht mal über das Stattfinden des KPT informiert wurde (14 Tage vorher nach altem Stand). Ein entsprechender Änderungsvorschlag auf Verlängerung der Frist zur Einladung auf 21 Tage wurde bei SÄA 3 vorgeschlagen. Der zweite Punkt ist notwendig, um zu klären, wann ein Dringlichkeitsantrag als zugestimmt gilt.

#SÄA6: Urabstimmungen als demokratische Teilhabe

Antragsteller: Christoph Steltner

Änderung:

Anstelle des bestehenden §17 wird ein neuer Abschnitt »IV. Demokratische Teilhabe« mit einem neuen §17 »Urabstimmungen« eingefügt und alle nachfolgenden Paragraphen um jeweils eins nach hinten verschoben.

Neue Fassung:**Demokratische Teilhabe****§ 17 Urabstimmungen**

(1) Die Urabstimmung wird durchgeführt auf Verlangen des Kreisparteitages, des Kreisvorstandes, der Fraktionen, oder von mindestens zehn Prozent der Piraten.

(2) Die Urabstimmung ist zulässig bei grundsätzlichen politischen Fragen. Dazu gehören insbesondere: Beschluss über Programm und Satzung, Beschluss der Wahlprogramme, Regierungsbeteiligung und Koalitionsvereinbarung, sowie schwerwiegende Entscheidungen für die Mandatsträger in Parlamenten.

(3) Die Urabstimmung ist notwendig über den vom Kreisparteitag gefassten Beschluss über Auflösung und Verschmelzung des Kreisverbandes.

(4) Nach deinem Verlangen gemäß Absatz 1 oder einem Beschluss gemäß Absatz 3 ist vom Kreisvorstand unverzüglich die Urabstimmung einzuleiten. Der Inhalt der zur Urabstimmung gestellten Frage wird von den Antragstellern festgelegt.

(5) Es entscheidet die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen, wobei das Ergebnis bei einer Urabstimmung gemäß Absatz 1 nur bindend ist, wenn sich mindestens ein Drittel der Abstimmungsberechtigten beteiligen. Nehmen nicht genügend Abstimmungsberechtigte teil, hat die Urabstimmung den Charakter eines Meinungsbildes.

(6) Die Kosten der Urabstimmung trägt der Kreisverband.

Begründung:

In der derzeitigen Fassung der Satzung sind keine Regelungen für die demokratische Teilhabe der Parteibasis enthalten. In Anbetracht der sehr wahrscheinlichen Erlangung von Mandaten in Kreistag und Stadtverordnetenversammlung der Stadt Marburg und der damit verbundenen politischen Verantwortung ist dies ein Umstand, der dringend geändert werden muss. Mangels Alternativen erscheint mir die Einführung von Urabstimmung in die Satzung als ein erster Schritt, der die demokratische Teilhabe der Parteibasis in der Satzung verankert und sich als Stein des Anstoßes für zukünftige Änderungen versteht.

Anlage B: Programmanträge

#PO1: Erklärung der Eckpunkte zur Kommunalwahl zum Wahlprogramm

Antragsteller: Christoph Steltner

Antragstext:

Der Kreisverband erklärt die Eckpunkte zur Kommunalwahl, einschließlich eventueller Änderungen, die auf dem Kreisparteitag an den Eckpunkten vorgenommen werden, zu seinem Wahlprogramm.

Begründung:

Wir müssen den Bürgern klare Signale geben, dazu gehört auch ein »ordentliches« Wahlprogramm. Denn dies sendet einfach andere Signale aus und hat eine höhere Verbindlichkeit als ein Papier, das sich »Eckpunkte zur Kommunalwahl« nennt.

#PO2: Schönheitskorrekturen an den Eckpunkten

Antragsteller: Christoph Steltner

Änderung:

Die Eckpunkte zur Kommunalwahl sollen wie folgt überarbeitet werden bzw. ergänzt werden. Angaben in Klammern sind als Alternativanträge zu verstehen.

Neue Fassung:

[Die PIRATEN treten für eine neue politische Kultur und eine Neubelebung der Demokratie ein, bei der sich Politiker und Bürger als gleichberechtigte Partner im Dialog begegnen.

Das Vertrauen in die Politik muss wieder gestärkt werden, durch eine kontinuierliche Rückversicherung bei den Bürgern, da nur gemeinsam getroffene Entscheidungen auch langfristig akzeptiert werden.

Die PIRATEN betonen, dass die Verwaltung vom Bürger beauftragt und den Interessen der Bürger verpflichtet ist, nicht den eigenen Interessen oder gar denen von Wirtschaftsunternehmen.

Um eine verantwortungsvolle Verwaltung zu erhalten, reicht es nicht aus, verantwortungsvolle Mitarbeiter zu gewinnen, diese müssen auch in die Verantwortung

genommen werden können und dies gelingt nur durch mehr Transparenz, sodass jeder Bürger nachvollziehen kann, durch wen und auf welche Weise Entscheidungen zustande kamen und ob die Interessen der Bürger tatsächlich berücksichtigt wurden.]

Basisdemokratie

Bürger bestimmen und entscheiden

Die PIRATEN sind gemäß dem im Grundgesetz festgeschriebenen Kerngedanken der Ansicht, dass alle Staatsgewalt vom Volk ausgeht und dass diesem grundlegenden demokratischen Prinzip verstärkt Geltung verschafft werden muss. Die PIRATEN sprechen sich daher für eine umfassende Beteiligung der Bürger aus.

Alle Entscheidungen sollen entweder direkt oder unter unmittelbarer Einbeziehung der Bürger getroffen werden. Die Möglichkeiten der Mitbestimmung für jeden Einzelnen auf kommunaler Ebene sollen ausgebaut werden. Dazu gehört die Möglichkeit, das öffentliche Handeln zu überprüfen, aber auch jene, Teil des öffentlichen Handelns zu werden. Nur eine Gemeinschaft, die Mitbestimmung tatsächlich praktisch ausübt, kann ihre Identität finden und leben, und vermeidet somit innere Konflikte.

Die PIRATEN werden daher das Handeln ihrer Abgeordneten im Auftrag der Öffentlichkeit überwachen, dokumentieren und veröffentlichen.

Direkte Demokratie in Hessen

In Hessen gibt es die Möglichkeit eines Bürgerbegehrens mit anschließendem Bürgerentscheid. Hierzu sind allerdings mitunter Unterstützungsunterschriften von mindestens 10 % der wahlberechtigten Bürger erforderlich, um das Parlament dazu zu veranlassen, sich mit dem Anliegen überhaupt zu beschäftigen.

Die PIRATEN sehen diese Hürde als zu hoch an. Diese ist allerdings in der Hessischen Gemeindeverordnung festgeschrieben und kann nur vom Landtag geändert werden. Zwar gibt es auf Landesebene noch das Mittel des Volksbegehrens, allerdings sind bei diesem die Hürden so hoch angesetzt, dass ein erfolgreiches Volksbegehren im Grunde ausgeschlossen ist. Um dennoch eine direktere Bürgerbeteiligung zu ermöglichen, bieten die PIRATEN Marburg folgendes an:

- Die Errichtung einer »offenen Partei«, die jedem Bürger umfassende Möglichkeiten des Einblicks, der Diskussion und der Mitbestimmung gibt.
- Die Einrichtung einer Internetwebsite, auf der die Bürger das Handeln der Verwaltung einsehen und auch kommentieren können.

- Die technische Unterstützung und Beratung bei Bürgerbegehren und ähnlichen Verfahren.
- In Zusammenarbeit mit dem Landesverband der Piratenpartei Hessen tragfähige und durchsetzbare Konzepte für direktdemokratische Elemente in Hessen zu entwickeln.

Indirekte Demokratie

Repräsentative Elemente sind in unserem System fest verankert und nicht ersetzbar. Die Piratenpartei möchte folgende Mittel und Wege auf kommunaler Ebene fördern, einführen und nutzen, um den Abgeordneten ihre Aufgabe zu erleichtern:

- Vor jeder Stadtverordnetenversammlung soll jedem Bürger die Möglichkeit gegeben werden, sich zu einem oder mehreren Themen der Stadtverordnetenversammlung äußern zu können. Die Redezeit für jedes Thema muss begrenzt werden. Dies entspricht der in vielen Kommunen gängigen Bürgerfragestunde. Den in der Marburger Stadtverordnetenversammlung zu diesem Thema vom Abgeordneten Dr. Michael Weber (PIRATEN) gestellten Antrag unterstützen wir.
 - Schnittstellenöffnung der Rats- und Parlamentsinformationssysteme, Verbesserung dieser Informationssysteme zur Verwirklichung demokratischer Grundrechte.
 - Förderung von außerparlamentarischen Kontrollinstanzen gemäß dem Konzept von »Abgeordnetenwatch«.
 - Stärkung der Ortsbeiräte und ähnlicher Gremien.
 - Öffnung der Schnittstellen der Rats- und Parlamentsinformationssysteme, um die Möglichkeit der Einreichung von Bürgervorschlägen zur Verbesserung des kommunalen Lebens im eigenen Viertel bzw. Stadtteil bei Themen wie Verkehr, Kultur, Infrastruktur, etc. zu erleichtern.
- Ähnliches funktionierte bereits in Frankfurt unter dem Motto »Frankfurt gestalten – Bürger machen Politik«. Dazu müssen die Gemeindeordnungen geändert werden. Die Einrichtung von Petitionsausschüssen ist zwingend notwendig.

Bürgerhaushalt

Die PIRATEN befürworten, dass öffentliche Ausgaben von den Bürgern kontrolliert werden, denn die Haushalte der Gemeinden, Kommunen und Kreise beinhalten viele Punkte, die in ihrer Ausgabenhöhe nicht durch gesetzliche Vorgaben eingeschränkt sind.

Die Piratenpartei will den Bürgerinnen und Bürgern ein Mitspracherecht verschaffen, da wir der Auffassung sind, mehr demokratische Partizipation bei der Haushaltsgestaltung stärkt die Identifikation des Einzelnen mit seiner Gemeinde, Kommune oder Kreis.

Haushaltsentscheidungen erfahren bei einem Mitspracherecht der Bürger grundsätzlich eine höhere Akzeptanz als solche, die ohne direkte Beteiligung gefällt werden. Zusätzlich können Vetternwirtschaft und Korruption durch die deutlich erhöhte Transparenz bereits im Ansatz verhindert werden.

Es gibt weltweit bereits zahlreiche Gemeinden und Städte, die ihren Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich diese Form der demokratischen Teilhabe ermöglichen.

Selbstverwaltung

Die Piratenpartei unterstützt die Forderung des Ortsteilbeirat Ockerhausen, dass Ortsteilbeiräte in der Stadtverordnetenversammlung für Anliegen des Ortsteils antragsberechtigt sein sollen.

Transparenz

Transparentes Gemeinwesen statt »gläserner Bürger«

Für die PIRATEN bedeutet die Forderung nach mehr Transparenz, dass der Bürger Einsicht in die Arbeit der Verwaltung erhält. Es bedeutet insbesondere, dass die Arbeit der Verwaltung auch unmittelbar durch den Bürger überprüft werden kann.

Dienstvorschriften und Anweisungen müssen öffentlich einsehbar sein und muster­gültig protokolliert werden.

Der Grad der Anonymisierung und unter welchen Bedingungen sie einsehbar werden, sind vornehmlich Fragen, deren Beantwortung von hoher Priorität ist. Zu diesem Zweck müssen standardisierte, maschinenlesbare und automatisiert abrufbare Formen etabliert werden. Die mit hoheitlichen Aufgaben betrauten Personen müssen – immer unter Wahrung der Persönlichkeitsrechte – benannt werden können.

Das Geheimnis soll die Ausnahme werden

Das Geheimnis muss dem Prinzip der Öffentlichkeit weichen: Alles, was von Steuergeldern bezahlt wird, geht den Bürger grundsätzlich etwas an – ob es nun Baupläne sind oder die Ergebnisse aus Kontrollen kommunaler Behörden, wie etwa dem Gesundheitsamt oder dem Ordnungsamt.

Den PIRATEN ist es ein wichtiges Anliegen, dass solche Informationen – in allgemeinverständlicher, leicht zugänglicher Form – veröffentlicht werden. »Leicht zugänglich« ist dabei auch im technologischen Sinne zu verstehen.

Die Bemühungen der Stadt- und Kreisverwaltung, ein Informationssystem bereitzustellen, tragen zwar Früchte, eine übersichtliche Lösung wäre aber zu begrüßen. Zusätzlich soll das Abstimmungsverhalten der Abgeordneten zu Beschlüssen besser zugänglich gemacht werden.

Für einen allgemeinverständlichen Haushaltsplan

Zu beschließen, wie das Geld der Bürger investiert werden soll, diese Macht obliegt den Parlamenten. Die Kontrolle dieser Macht obliegt aber dem Bürger.

Die Durchführung dieser Kontrolle ist nur mit Übersicht möglich. Bislang ist diese Übersicht nur durch aufwändige Fleißarbeit zu erhalten.

Aufwändig muss sich der Interessierte bemühen, sich durchfragen und forschen. Die PIRATEN fordern daher, die Tätigkeit der Verwaltung den Bürgern mit modernen Mitteln verständlicher und nachvollziehbar zu machen. Ein wichtiges Element hierbei ist, den Haushaltsplan, der aus ca. 700 DIN A4-Seiten besteht, in computerlesbarer Form bereitzustellen.

Gegen den Ausverkauf des Gemeinguts

Überall in Deutschland sprießen »Lease-Back-Geschäfte« und »Public-Private-Partnerships« wie die Pilze aus dem Boden. Oft reibt sich eine im Unklaren gehaltene Öffentlichkeit erstaunt die Augen, wenn festgestellt werden muss, dass die Gebühren und Abgaben wieder einmal steigen. Daher fordern die PIRATEN, bei jedem Verkauf öffentlichen Gutes den Bürger zu informieren, und zwar im Vorfeld, bevor diese Vorhaben realisiert werden.

Grundsätzlich sollen Verträge mit langen Laufzeiten oder über hohe Geldsummen offen gelegt werden.

Vorhaben mit Generationen übergreifender Tragweite sollen nur über eine Volksabstimmung ermöglicht werden. Ein Recht zur Einsicht in alle wesentlichen Verträge ist unabdingbar.

Für Open-Source-Software in der Stadtverwaltung nach dem »Münchener Modell«

Die Marburger Piraten fordern den Einsatz von freier Software in der Verwaltung, wo immer dies möglich ist. Hierzu zählen insbesondere der Einsatz von Open-Source-Software wie Linux, OpenOffice.org oder Mozilla Firefox nach dem Vorbild der Stadtverwaltung München im Rahmen des »LiMux-Projektes«. Die PIRATEN fordern daher eine schrittweise Umstellung im Rahmen von Ersatzinvestitionen, da Lizenzen kommerzieller Produkte keine Lösung von Dauer sind.

Bürgerrechte und Datenschutz

Für einen Staat, der sich aus dem Privatleben heraus hält

Die PIRATEN fordern eine Politik, die die informationelle Selbstbestimmung aller Bürger achtet und keine »Datenkraken« erfindet, wie die für 2011 geplante Volkszählung. Jegliches staatliche Handeln muss maximale Datensparsamkeit als Grundsatz haben. Es darf keine Aufhebung der Zweckbindung von Verwaltungsdaten geben. Eine Auskunftspflicht für intime Daten erinnert eher an eine Diktatur als an einen freiheitlichen Staat.

Niemals darf es eine Zusammenfassung unterschiedlicher Lebensbereiche unter einer eindeutigen Personenkennziffer geben. Solch eine Ordnungsnummer ist gefährlich für die Demokratie und wurde auch durch das Bundesverfassungsgericht bereits im Volkszählungsurteil ausgeschlossen.

Eine Weitergabe von statistischen Daten darf nur in vollständig anonymisierter Form erlaubt sein. Diese Daten dürfen sich auch nicht deanonymisieren lassen. Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung fordert im Hinblick auf die informationstechnischen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte eine grundlegend veränderte Haltung zur Erhebung und Speicherung persönlicher Daten.

Begründung:

Die derzeitige Fassung weist einige Fehler in Sprache, Grammatik und Rechtschreibung auf, die im Sinne eines besseren Gesamteindrucks korrigiert werden sollten, bevor die Eckpunkte zu einem Wahlprogramm werden.

Anlage C: Sonstige Anträge

#SO1: Synchronisation der Mailingliste mit Forum und Newsgroup

Antragsteller: Christoph Steltner

Antragstext:

Der Kreisvorstand wird beauftragt, bis zum 1. Mai 2011 die Mailingliste »Piraten Marburg <marburg@piratenpartei-hessen.de>« mittels Syncom mit dem Newsserver news.piratenpartei.de und dem Forum unter <http://news.piratenpartei.de> zu synchronisieren. Die Haltedauer der Beiträge soll 90 Tage betragen.

Begründung:

Durch die Synchronisation ermöglichen wir interessierten Menschen einen leichteren Zugang zu den Inhalten unserer Mailingliste. Dadurch können die Inhalte über verschiedene Wege konsumiert werden, sodass sich jeder Teilnehmer dann für seine bevorzugte Variante entscheiden kann. Außerdem kann es Situationen geben, in denen einer der Wege (z. B. E-Mail auf der Arbeit) nicht verfügbar sind, die anderen aber sehr wohl.